

Vorlage für die Sitzung des Senats am 25.04.2023

„Südsudan-Aussage von Innensenator Mäurer“

(Frage in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Der Abgeordnete Timke (BIW) hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

1. Teilt der Senat die von Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) anlässlich des Jahresempfangs der Bundeswehr und der Kommandoübergabe im Land Bremen am 05. April 2023 geäußerte Auffassung, wonach der Aufbruch zu einem Auslandseinsatz in den Südsudan wie der Gang von Bremen nach Bremerhaven sei?
2. Welche Aspekte der aktuellen Situation in Bremerhaven haben Herrn Mäurer zu seinem Vergleich der Seestadt mit dem von großer Armut und Bürgerkrieg geprägten Südsudan konkret veranlasst?
3. Was sind die Gründe, warum Bremerhaven in den letzten Jahren unter der Ägide SPD-geführter Regierungskoalitionen offenbar auf ein Niveau abgerutscht ist, das es aus Sicht von Herrn Innensenator Mäurer rechtfertigt, einen Vergleich mit dem Südsudan zu ziehen?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu den Fragen 1 bis 3:

Herr Senator Mäurer und der Kommandeur des Landeskommandos Bremen, Oberst Hans Peter Dorfmueller haben in den vergangenen Jahren einen engen, beruflichen Kontakt gepflegt.

Mit seiner Ansprache anlässlich der Kommandoübergabe wollte der Senators für Inneres in anschaulicher Weise deutlich machen, dass der Wechsel des Einsatzorts von Bremen in den Südsudan vom scheidenden Oberst gerade ganz und gar nicht zu vergleichen ist mit einer Fahrt von Bremen in die Schwesterstadt Bremerhaven.

Im Nachhinein wurde deutlich, dass diese Bemerkung von einigen im Publikum falsch aufgefasst wurde. Der Senator für Inneres hat dies zum Anlass genommen, sich am nächsten Tag umgehend bei dem CDU-Abgeordneten Thorsten Raschen und weiteren Vertretern aus Bremerhaven persönlich zu melden und sich für das Missverständnis zu entschuldigen.

C. Alternativen

Alternativen werden nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Genderspezifische Auswirkungen ergeben sich nicht.

E. Beteiligung/ Abstimmung

Keine.

F. Öffentlichkeitsarbeit/ Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet.

G. Beschluss

Der Senat stimmt der mündlichen Antwort entsprechend der Vorlage zu.